



Hans-Josef Fell  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Sprecher für Energiepolitik  
Bundestagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

## **Was kostet der Atomausstieg?**

Grüne Kernaussagen:

- a) Die Investitionen in Ökostromausbau werden nicht aus Steuergeldern finanziert, sondern über die EEG-Umlage auf den Strompreis. Daher sind Debatten über Steuererhöhungen und die Suche nach Haushaltsmitteln zur Beschleunigung des Ausbaus der Erneuerbare Energien unsinnig.
- b) Mehrkosten auf dem Strompreis durch den Ausbau des Ökostromes werden in den nächsten Jahren nicht nennenswert erwartet. Zum einen wird die EEG-Umlage im kommenden Jahr gesenkt, zum anderen erwarten BMU, DIW u.a. keine Steigerung der EEG-Umlage in den kommenden Jahren über das Niveau von 2011 hinaus.
- c) Mittelfristig wird es mit dem Ausbau der Erneuerbaren Energien einen kostengünstigeren Strompreis geben als ohne diesen Ausbau. Mehrere Gründe werden dazu beitragen: Mit zunehmender Massenfertigung und Innovationsentwicklung sinken die spezifischen Stromerzeugungskosten der Erneuerbare Energien kontinuierlich; mit Ausnahme der Biomasse sind die Erneuerbaren Energien frei von Brennstoffkosten, womit sie Unabhängigkeit von Kostensteigerungen bei Kohle, Uran, Erdgas schaffen; über die Merit Order sinken die Börsenstrompreise; Erneuerbare Energien schaffen perspektivisch Entlastung auf den Strompreis, weil sie keine CO<sub>2</sub> Kosten, sowie keine Entsorgungskosten und andere Belastungen von Atommüll oder Kohleschlacke verursachen.
- d) Volkswirtschaftlich schafft der Ausbau der Erneuerbare Energien viele Kostenvorteile: Steuereinnahmen, Entlastung der Arbeitslosenkosten, Entlastung der Rohstoffimportkosten, Entlastung von externen Schäden uvam. Die Summe all dieser finanziellen Vorteile überwiegen bei weitem die geringfügigen Mehrkosten der EEG-Umlage und des Netzausbaus.

RWE und Atomlobbyisten sowie sogenannte Wirtschaftspolitiker der Union streuen diese Tage Ängste über horrenden Kosten des Atomausstiegs. In manchen Publikationen werden die Kosten mit denen der deutschen Einheit verglichen, andere sprechen von Kosten in dreistelligen Milliardenhöhen oder von Haushaltslöchern und Steuererhöhungen usw. usf.

Bei genauer Betrachtung erweist sich die Mehrkostendebatte als hysterisch. Die Kosten werden aufgebauscht und die Vorteile ignoriert. Anstatt über die Chancen wie neue Arbeitsplätze und zusätzliche Steuereinnahmen bei Erneuerbaren Energien zu reden, wird eine Menge Phantasie entwickelt, welche Kosten irgendwie mit dem Atomausstieg in Verbindung gebracht werden könnten. Die Kosten des ‚Weiter So‘ werden dabei ebenfalls außen vor gelassen. Würde ein ‚Weiter so‘ bedeuten, dass die Atomkraftwerke weiter weitgehend ungeschützt gegen Flugzeugabstürze wären oder dass jedes einzelne mit Milliardenaufwand nachgerüstet werden müsste? Diese Kosten werden ebenso verschwiegen, wie der jahrzehntelange Verzicht auf die Versicherung von Atomkraftwerken gegen einen Supergau. Wie viele Milliarden Euro könnten die deutschen Autofahrer einsparen, wenn sie ihre Autos nicht mehr versichern würden - natürlich keinen einzigen, wenn man die Unfälle berücksichtigt!

Das Forum für Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft e.V.(FÖS) hat die Kosten der Umweltbelastung durch die Atomkraft einbezogen und kommt auf 12,8 Cent je Kilowattstunde für Atom. Dies zeigt, jeder, der Atomenergie als billig bezeichnet, macht sich und anderen etwas vor. Atomstrom ist für RWE billig, da wir alle die übrigen Kosten und vor allem die Risiken mittragen.

Je näher man sich die angeblichen Kosten des Atomausstiegs anschaut, die derzeit rauf und runter diskutiert werden, desto mehr entpuppen sich diese als Scheinriesen.

Die FDP lehnt bereits Steuererhöhungen ab, obwohl der beschleunigte Ausbau der Erneuerbaren Energie im Stromsektor gar nicht über den Bundeshaushalt finanziert würde, sondern über das Erneuerbare-Energien-Gesetz und der Netzausbau wird über die Netzentgelte finanziert. Steuergelder sind also gar nicht involviert.

Zahlt dann aber der Stromkunde die Rechnung? Auch hier werden falsche Annahmen gesetzt, um die Kosten des Atomausstiegs hochzurechnen. Kostenentlastungen für Staat sowie für Bürgerinnen und Bürger, die durch den Ausbau der Erneuerbaren Energien eigentlich gegengerechnet werden sollten, tauchen in der bisweilen hysterisch gewordenen Diskussion gar nicht auf.

Wer unter dem Strich die Rechnung aufmacht, wird feststellen, dass sich der Atomausstieg volkswirtschaftlich rechnet. Der Atomausstieg entfesselt wirtschaftliche Kräfte und schafft Innovationen, die unserer Wirtschaft im internationalen Wettbewerb Vorteile bringen. Rechnet man dann noch die eingesparten externen Kosten der Atomenergie ein, dann wird der Atomausstieg zum Schnäppchen.

## **Ausbau Erneuerbarer Energien**

Die Bundesregierung hat noch keine neuen Ziele für den beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren Energien gegenüber ihrem Energiekonzept genannt und dennoch wird über höhere Kosten diskutiert. Welches erhöhte Ziel, über den bisher bis 2020 angepeilten 35%-Anteil Erneuerbarer Energien hinaus, die Bundesregierung anstrebt, ist gänzlich unbekannt. Eine seriöse Annahme über die notwendigen Investitionen ist also nicht machbar.

Der Ausbau der Erneuerbaren Energien im Stromsektor wird fast ausschließlich über das Erneuerbare-Energien-Gesetz finanziert. Es handelt sich hier um Investitionen in Erneuerbare Energien die von privater Hand finanziert werden. In der Gesellschaft ist genug Geld vorhanden; Bürgerkapital in Genossenschaften und Bürgerkraftwerke sowie Finanzfonds stehen weiterhin in Milliardenhöhe zur Verfügung. Alleine 26,6 Milliarden Euro wurden letztes Jahr aus privater Hand in die Branche der Erneuerbaren Energien investiert. Umgelegt werden die Vergütungssummen auf die Stromrechnungen der Stromkunden. Für 2011 wurde eine sogenannte EEG-Umlage von 3,5 Cent berechnet. Mittlerweile wissen wir, dass die Zahl zu hoch ist. Mehrere Institute, darunter das DIW haben dies berechnet. Dies bedeutet, dass 2012 die EEG-Umlage zurück gehen wird. Auch in den Folgejahren ist selbst bei einem beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren Energien kaum damit zu rechnen, dass die EEG-Umlage den Wert von 2011 noch mal überschreiten wird. Gegengerechnet werden muss aber der sogenannte Merit-Order-Effekt. Dieser Preisbildungsmechanismus sorgt dafür, dass die Erneuerbaren Energien die Börsenpreise für Strom senken. Es ist also davon auszugehen, dass selbst bei einem beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren Energien keine oder nur geringfügige Erhöhungen der EEG-Umlage oder gar des Strompreises zu erwarten sind.

Häufig wird jetzt auch das Fünf-Milliarden-Offshore-Kredit-Programm als Kosten für den Atomausstieg genannt. Dabei war dieses Fünf-Milliarden-Programm bereits Bestandteil des Sofortprogramms der Bundesregierung im Rahmen ihres Energiekonzepts mit Laufzeitverlängerung der AKW. Warum dieses Sofort-Programm bis heute nicht umgesetzt wurde und jetzt als Kostenpunkt des Atomausstiegs genannt wird, bleibt ein Rätsel.

## **Netzkosten**

Steigen durch den Atomausstieg die Netzkosten?

Es gibt keine Studie, aus der sich das ableiten ließe. Es gibt vollkommen unterschiedliche Annahmen darüber, wie viel Netzausbau in den nächsten Jahren erforderlich sein soll. Meist zitiert wird die „dena-Netzstudie II“ zum Netzausbau, die von zusätzlichen 3600 km Übertragungsnetzen im Vergleich zur ersten „dena-Netzstudie“

ausgeht. Diese Annahme wurde allerdings bereits unter den Zielen des alten rot-grünen Atomausstiegs getroffen und hat sich auch unter der Annahme der zwischenzeitlich vorgenommen Laufzeitverlängerung nicht geändert. Der Netzausbau ist sowieso erforderlich, unabhängig davon, ob die Atomkraftwerke kürzer oder länger laufen. Was sich geändert hat, ist höchstens die Dringlichkeit des Ausbaus. Im Übrigen entspricht dieses Szenario gerade mal rund 10 Prozent der Länge des vorhandenen Übertragungsnetzes.

Die Zahlen der dena sind zudem sehr umstritten. Eine Studie von Consentec und r2b im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums kam zu ganz anderen Zahlen. Zu den 850 Kilometern aus der ersten „dena-Netzstudie“ kommen demnach lediglich weitere 250 Kilometer hinzu. Wieso der Bundeswirtschaftsminister jetzt vor den Kosten des Netzausbaus warnt, bleibt ebenfalls rätselhaft.

Unabhängig von der Frage, wie viele Kilometer erforderlich sein werden - klar ist, dass der Netzausbau unabhängig vom Atomausstieg kommen wird. Mehrkosten durch den Atomausstieg - Fehlannonce!

## **Börsenpreise**

Die Börsenpreise (Futures) sind nach Abschaltung der ältesten Atomkraftwerke von 5,3 auf 6 Cent je Kilowattstunde gestiegen. Dies verhält sich im normalen Schwankungsbereich. Vor wenigen Jahren lagen die Börsenpreise noch bei 8 Cent. Ihre Absenkung wurde übrigens damals nicht an die Verbraucher weitergegeben. Es gibt daher auch keinen Automatismus, dass die Endkundenpreise steigen werden.

## **Gebäudesanierung**

Im Sechs-Punkte-Programm der Bundesminister für Umwelt und Wirtschaft sind zwei Milliarden Euro zusätzlich für die Gebäudesanierung vorgesehen. Dies ist eine löbliche Maßnahme, dient sie doch dem Klimaschutz und hilft den Hausbesitzern gegen die steigenden Erdölpreise. Doch hat dies schlichtweg fast nichts mit dem Atomausstieg zu tun. Immerhin würden dann zwei Milliarden in die Taschen der Bürger fließen. Es wäre für diese also ein Nullsummenspiel.

Mit dem Atomausstieg könnten höhere Ausgaben für Stromeinsparung in Verbindung gebracht werden. Diese sind in dem Sechs-Punkte-Programm der Bundesregierung aber nicht vorgesehen.

## **Teilweiser Wegfall der Mittel aus der Brennelementesteuer und weniger Mittel für den Energie- und Klimafonds**

Weniger Atomkraftwerke bedeutet weniger Brennelementsteuer und damit weniger Geld in der Staatskasse. Die Steuerausfälle ließen sich aber dadurch beheben, indem die Brennelementsteuer einerseits zeitlich verlängert und andererseits angehoben würde. Selbst das Bundesfinanzministerium sieht Spielräume für eine Anhebung, da die ältesten Atomkraftwerke mit vergleichsweise niedrigerer Rentabilität vom Netz genommen sind und die besonders rentablen Atomkraftwerke wohl weiter laufen werden. Aufgrund der Preisbildung an den Strombörsen hätte eine höhere Brennelementsteuer auch keine höheren Strompreise zur Folge.

Der Energie- und Klimafonds wird zu einem kleineren Teil aus den Mitteln der Laufzeitverlängerung finanziert. In den Anfangsjahren sollten die Mittel jeweils nur zwischen 200 und 300 Millionen Euro pro Jahr liegen und erst später ansteigen. Der größere Teil der Mittel soll hingegen ab 2013 aus den Mitteln der Versteigerung von Emissionshandelszertifikaten erbracht werden. Der Atomausstieg erhöht die Kosten für CO<sub>2</sub>-Zertifikate. Dieser Teil des Fonds würde steigen, wodurch ein Großteil der wegfallenden Mittel ausgeglichen würde. Der Rest müsste über den Bundeshaushalt ausgeglichen werden. Das wäre zwar tatsächlich eine Mehrausgabe aber auch gut angelegtes Geld.

Auch ein Blick in den Fonds selbst hilft bei der Einschätzung weiter. Die in ihm enthaltenen Mittel kommen nur zu einem kleinen Teil den Erneuerbaren Energien im Strombereich sowie Stromeffizienzmaßnahmen zu Gute. Immerhin soll es da auch etwas Geld für Erneuerbare-Energien-Forschung und Speicher-Forschung geben. Das sind aber keine Kosten, sondern Investitionen in die ökonomische und ökologische Zukunft.

## **Atomausstieg spart Kosten ein und senkt so die Belastung der Bürger**

Wer immer nur von Kosten des Atomausstiegs spricht, sollte auch die Kosten im Blick haben, die ein „Weiter so“ beinhalten würde. Auch dann bräuchten wir den Netzausbau. Dann wären pro Atomkraftwerk einige Milliarden Euro Nachrüstkosten erforderlich, um es gegen Flugzeugangriffe halbwegs sicher zu machen zuzüglich der Nachrüstkosten für andere Sicherheitsmaßnahmen. Diese Kosten, vor allem für die ältesten Atomkraftwerke, wären weit höher als die Kosten der Brennelementsteuer und würden sich bei ernst gemeinten Nachrüstungen auch auf den Strompreis niederschlagen.

Vor allem aber spart der Atomausstieg die Risiken ein. Die Abschaltung jedes einzelnen Atomkraftwerks reduziert das Risiko jedes Einwohners, sein Haus zu verlieren,

oder der des Unternehmers, seinen Betrieb aufgeben zu müssen - wenn das in Deutschland passieren würde, worüber die japanische Regierung immer gesagt hat, dass das in Japan nie möglich sei.

Die Atomkonzerne weigern sich bis heute, ihre Atomkraftwerke zu versichern. Die Risiken für den Super-GAU trägt die Allgemeinheit. Atomenergie ist teuer, der Ausstieg reduziert die Kosten und Gefahren.

Berlin, den 19.04.11